

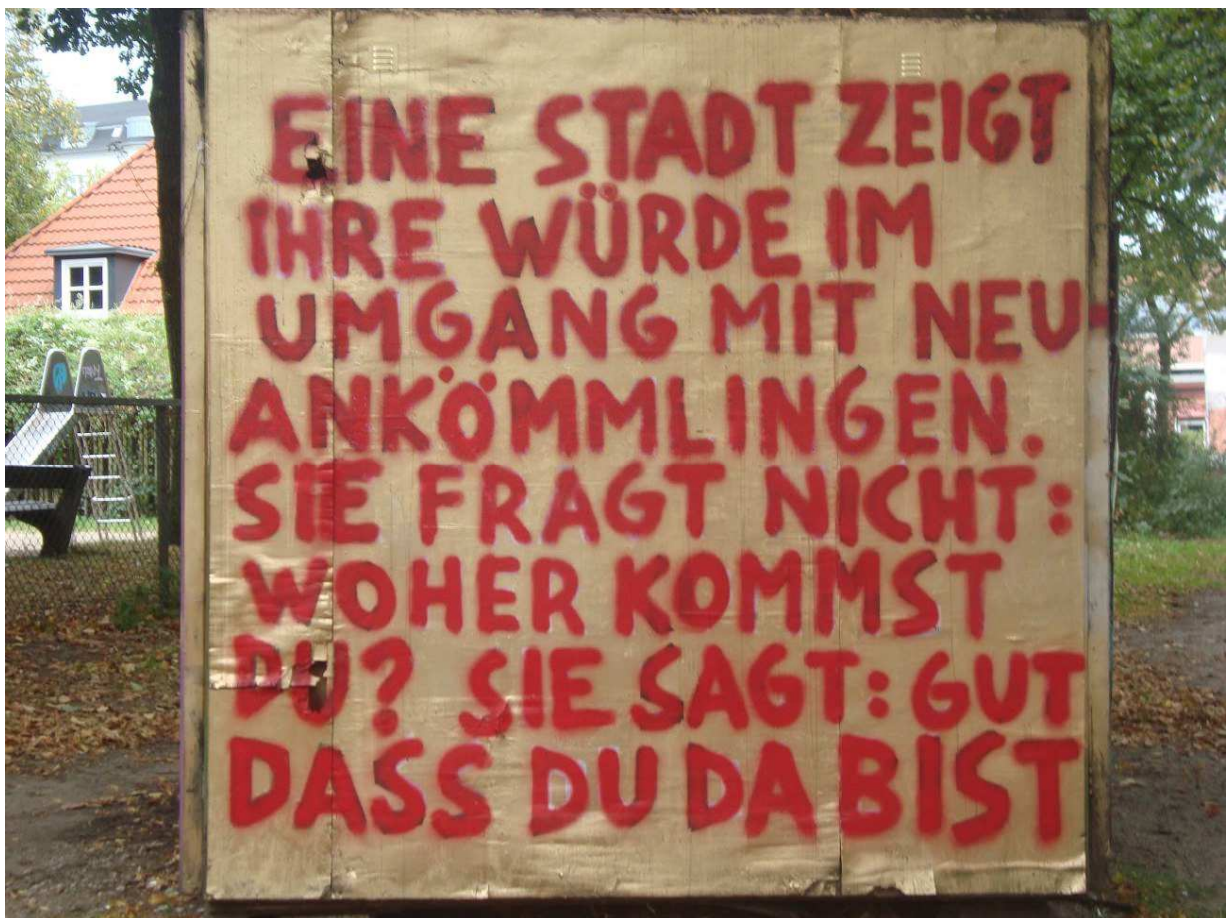


# DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

September 2015

## Hauptthema Flüchtlingspolitik



**Redaktionsschluss** für die Oktober-Ausgabe:  
**Sonntag, 27.09.2015**

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:  
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,  
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

### Inhalt:

Ankommen – Teilhaben – Bleiben	S. 2
Flüchtlingspolitisches Konzept jetzt	S. 4
NOlympia / Breitensportler	S. 7
Billebogen verscherbelt	S. 9
KoZe bleibt!	S. 10
Kinderfest Kirchdorf Süd	S. 11
Rotes Sommerkino	S. 11
LeserInnenbrief	S. 12
Gegen TTIP am 10.Oktober!!	S. 13
Termine/Kontakt	S. 14

## Ankommen - Teilhaben - Bleiben

Nachdem Anfang August die Presse berichtete, dass eine neue Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung (ZEA) für bis zu 1200 Menschen in einer der Messehallen (13 000 qm) eingerichtet werden sollte, entwickelte sich unter St. Pauli-BewohnerInnen rasch praktische Solidarität.

Aktivisten der Initiative "St. Pauli selber machen" organisierten die 1. Anwohnerversammlung per Internet und Flugblättern. Am 15.8. kamen 500 Menschen in das überfüllte Knust. In nur 1 1/2 Stunden wurde sich darüber verständigt, was die Flüchtlinge ad hoc benötigen. Die untenstehende Resolution wurde verabschiedet - und sich schnell auf 16 Arbeitsgruppen verständigt, die die Beschäftigten von "Fördern und Wohnen" als Betreiber der Einrichtung und die bereits tätigen freiwilligen HelferInnen unterstützen wollen (angefangen von Kleiderkammer, Hygiene, Sprachunterricht, Betreuung der Kinder, Sportangebote auch ärztliche Notversorgung sowie Behörden- und Dolmetscherhilfen).

Erst am 17.8. informierte die Verwaltung rund 400 Interessierte. Die verantwortlichen Abteilungsleiterinnen für die Hamburger ZEA's, des Einwohnerzentralamtes und die Sozialdezernentinnen der Bezirke Altona und Mitte räumten ein, dass alle - mit der Versorgung der ankommenden Flüchtlinge (täglich zwischen 200 bis 350 Personen) - Beschäftigten überfordert und an ihr persönliches Limit gelangt seien.



Das Podium bei der Infoveranstaltung, Foto: maui

Die ZEA Messehallen würde die Einrichtungen der Harburger Poststraße und Horst (in Meckl.-Vorpommern) "ergänzen". Innerhalb von 3 bis 5 Tagen sollen die Daten der Flüchtlinge aufgenommen und nach Karlsruhe zum Bundesamt für Migration gesendet werden. Von dort aus werden die Flüchtlinge bundesweit "weiter verteilt". Nur 2,5 % aller bundesweiten Flüchtlinge können/sollen in Hamburg - vom 1.1. bis 31.7. 8168 - verbleiben (Verteilung nach dem sogen. Königsteiner Schlüssel) . Um Hilfe fragten In Hamburg jedoch schon über 18.000 Flüchtlinge an.

In diesen wenigen Tagen benötigen die Menschen dringend ärztliche und psychologische Erstversorgung. Diese können die Behörden nur für täglich 3-5 Stunden sicherstellen. Räumlich habe man mit Planen einzelne Bereiche für Familien, Alleinreisende, Frauen mit Kindern, Schwangere und Jugendliche geschaffen. Sanitäre Anlagen sind geschlechtergetrennt. Die Messehalle kann ungehindert verlassen werden. Versorgt würden die Flüchtlinge mit drei Mahlzeiten am Tag und Getränken. Während ihrer Zeit in der ZEA bekämen die Flüchtlinge kein Bargeld. Zugegeben wurde, dass der Aufenthalt in einer ZEA manchmal bis zu drei Monate dauern würde - aber dann müsse Geld nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz gezahlt werden. Da es seit zwei Jahren zu wenige Plätze in den Anschlusseinrichtungen gäbe, wisse man noch nicht, wohin die in Hamburg Verbleibenden kommen würden. Da sind die PolitikerInnen und der Senat gefordert!

Für eine 2. Anwohnerversammlung lud die Initiative "Refugees welcome Karo viertel" am 26.8. in den Ballsaal des FC St. Pauli. Mit über 1000 Teilnehmern platzte der Saal förmlich aus allen Fugen. Flüchtlinge berichteten von ihren individuellen Verfolgungsgründen und Fluchtwegen. Praktische Nachbarschaftshilfe wird organisiert, Geld gesammelt, für den letzten Samstag ein gemeinsames Grillfest im Karo-Viertel veranstaltet. Das Centro Sociale stellt für zwei Nachmittage in der Woche Räume für Café und Begegnung für Flüchtlinge zur Verfügung.

Bei allem persönlichen Engagement ist es klar, dass die vorgegebenen finanziellen Mittel für die Betreuung der Flüchtlinge nicht ausreichen. Wohl aufgrund des öffentlichen Druckes hat die Bürgerschaft letzte Woche eine Drucksache veröffentlicht, wonach für die Jahre 2015 und 2016 500 Mio. Euro mehr als geplant zur Verfügung gestellt werden, aber an anderer Stelle wieder eingespart werden sollen.

Dazu Christiane Schneider zur TAZ: " ... Das Geld reicht nicht. Und wenn es nachher an Schulen und Jugendzentren fehlt, könne der Unmut groß werden ... "

Doch genau das ist das Konzept von Finanzsenator Tschentscher. So verstärkt der Senat die soziale Ungleichheit, fördert Neid, Ressentiments und schließlich rechten Populismus. DIE.LINKE Bürgerschaftsfraktion fordert den Senat auf, die erwirtschafteten Steuerüberschüsse des letzten Jahres von 400 Mio. Euro und bereits bis Juli von 300 Mio. Euro, der Flüchtlingshilfe zur Verfügung zu stellen. Dazu müssten allerdings alle im Finanzrahmengesetz vorgesehenen Ausgabenbeschränkungen

geändert werden. DIE.LINKE in Hamburg hat die Einführung der Schuldenbremse abgelehnt und fordert nun, dass der Spielraum für Mehrausgaben erhöht wird (aus Beschlussvorlage Landesvorstand DIE.LINKE Hamburg 28.8.15 "Angekommen - Menschenwürde für die Flüchtlinge in Hamburg").



Foto ena

Dazu antwortet Gernot Knödler am 29.8. in der TAZ : "... Die Flüchtlinge werden mit Zumutungen leben müssen, aber auch die Hamburger ... und es wäre gut, sie darauf einzustimmen. Sie werden mit fremden Sitten leben müssen und baulichen Verdichtungen und Einsparungen in anderen Bereichen. Einfach die Schuldenbremse über Bord wer-

## RESOLUTION

Die Stadtteilversammlung St. Pauli Nord und rundum sagt:

### Refugees welcome!

I. Willkommen im Karo Viertel!

Seit letzter Woche werden in der Messehalle B6 bis zu 1200 Flüchtlinge untergebracht.

Wir, Anwohner\*innen aus dem Karo Viertel und rundum, begrüßen unsere neuen Nachbar\*innen und sagen: Refugees Welcome – Never mind the papers!

Welchen Aufenthaltsstatus die europäische Flüchtlingspolitik den Menschen zuweist, interessiert uns nicht. Wer hier angekommen ist, gehört dazu und bleibt.

II. Für eine dezentrale Unterbringung aller Flüchtlinge

Tausende Menschen machen sich täglich auf eine gefährliche Odyssee, um Krieg und Not zu entkommen. Haben sie die häufig tödlichen europäischen Außengrenzen überwunden und sind schließlich nach Hamburg gelangt, erwartet sie nichts als Feldbetten in Hallen oder Zelten, ohne jegliche Privatsphäre, unter miserablen hygieni-

fen, wäre zu billig. Schließlich ist der Witz daran, in guten Zeiten, Überschüsse zu erwirtschaften und irgendeine "Krise", die zu Mehrausgaben zwingt, taucht schließlich immer auf. Warum nicht einmal an die Opferbereitschaft der Menschen appellieren ... "

(Aber "Hallo" - welche Art von Politik wird denn hier "bedient"?! Anmerkung ena)

Unsere Antwort sollte sein:

... Die Gründe für die zunehmende Zahl flüchtender Menschen aus Nahost, Afrika und dem Balkan liegen in der durch die expansiv um Rohstoffzugang und geopolitische Einflussnahme betriebenen Kriegspolitik von EU und NATO, in der durch neokoloniale Außenhandelspolitik gegen die Staaten der "3.Welt". Rücksichtslose Ausbeutung natürlicher Ressourcen, Destabilisierung, Erpressung und militärische Abschottung verursachen die Zerstörung der Lebensgrundlagen und -perspektiven der Menschen in den Fluchtherkunftsländern. ... ( aus der Einleitung eines Antrages an den Landesvorstand DIE.LINKE vom 28.8. - Flüchtlingspolitisches Konzept jetzt!)

Schon einmal etwas von Imperialismuskritik gehört, Herr Knödler?!

ena

schen Bedingungen.

Niemand kann behaupten, die steigenden Flüchtlingszahlen - gerade aufgrund des unfassbar brutalen Kriegs in Syrien - seien nicht absehbar gewesen. Dass das selbsterklärte "Tor zur Welt" Hamburg nicht darauf vorbereitet ist, einige Tausend Menschen würdig willkommen zu heißen, ist ein Skandal. Dabei gibt es reichlich Leerstand in Hamburg. Der muss ein Ende haben: Leerstand zu Wohnraum! Jetzt erst recht für Flüchtlinge!

III. Die Ausgrenzung hat System

Unabhängig davon, ob im Falle des rot-grünen Senats Absicht oder Unfähigkeit ausschlaggebend sind: Die miserable Behandlung von Flüchtlingen hat in Deutschland System. Menschen werden von der herrschenden Politik danach sortiert, welchen Nutzen sie Deutschland in der globalen Staatenkonkurrenz bringen.

Wir lehnen diese Logik einer ökonomischen Ver-

wertbarkeit entschieden ab.

Für eine solidarische Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen Vorrang haben!

IV. Für eine solidarische Stadtentwicklung von unten

Wir haben keine Lust mehr, die Ausgrenzung von Flüchtlingen und die destruktive Stadtentwicklung des Hamburger Senats hinzunehmen.

Ein erster Schritt zu einer sozialen Stadtentwicklung wäre es, den Flüchtlingen die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Wir fordern:

- Zugang zum regulären Arbeitsmarkt für alle Flüchtlinge
- Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung

für alle Flüchtlinge

- Kostenlose Sprachkurse für alle Flüchtlinge
- Zugang zu Bildung für alle Flüchtlinge, an Schulen, Unis + Volkshochschulen
- Sofortige Umwandlung von Leerstand aller Art in Wohnungen für Flüchtlinge
- Bleiberecht für alle Flüchtlinge

Wir fangen hier und heute damit an, diese Forderungen umzusetzen.

St. Pauli, 15.8.2015

**Ergänzung:**

**Für Samstag, den 19.9. lädt die Initiative ab 14 Uhr zu einem weiteren Willkommensfest auf dem Tschaiowsky-Platz ein!**

## Flüchtlingspolitisches Konzept jetzt!

Seit Wochen berichten die Medien über die unerträglichen Zustände in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Hamburg. Die gesundheitliche Lage in den Flüchtlingsunterkünften war spätestens mit dem Ausbruch einer Hautkrankheit in dem Zeltlager in Jenfeld in den Blick der Öffentlichkeit gekommen. Die Zustände dort sind unzumutbar. Es gibt sogar Flüchtlinge, die gar nicht untergebracht

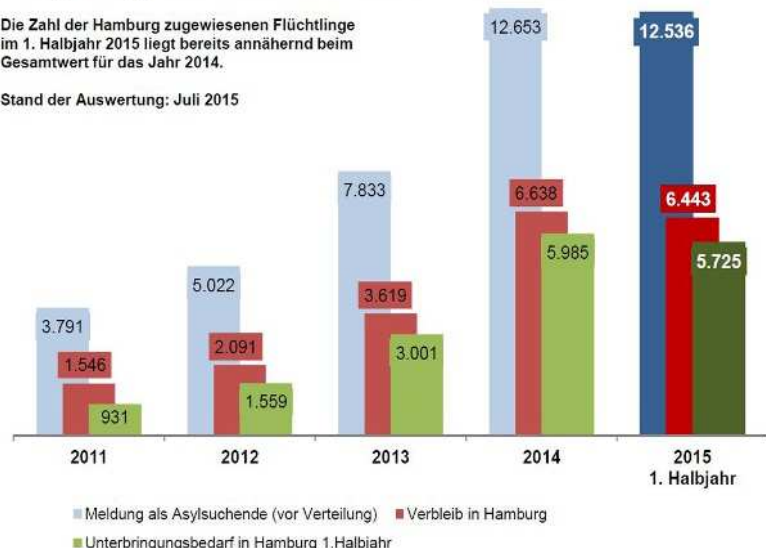
werden, sondern einfach weggeschickt werden. Sie leben dann auf der Straße oder bei Verwandten, ihre Asylanträge werden nicht bearbeitet. Diese Praxis der Behörden, schutzbedürftigen Personen ihre Rechte vorzuenthalten, stellt einen eklatanten Verfassungsbruch dar. Das ist ein politischer Skandal für einen demokratischen Rechtsstaat.

Zur Mitgliederversammlung in HH-Mitte am Donnerstag den 27. August 2015, im Drachenbau waren rund 35 TeilnehmerInnen, einige davon aus anderen Bezirken. Zu den Anforderungen für eine humane Flüchtlingspolitik gab es einen Vortrag von Anne Urschll, Ronald Kelm (beide AG Gesundheitspolitik) und Dora Heyen (fraktionslose Bürgerschaftsabgeordnete der LINKEN). Die meisten Flüchtlinge werden im Bezirk-Mitte aufgenommen zurzeit etwa 4200 Menschen, allein 1200 in der Messehalle.

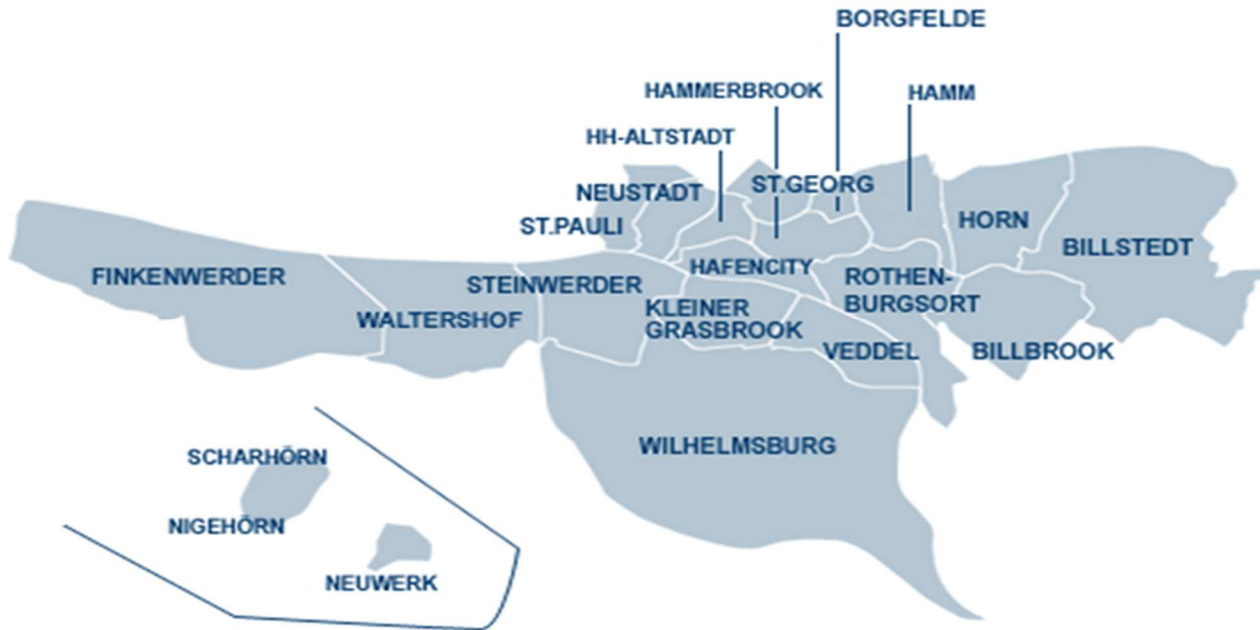
## Zugangsstatisik 2011 - 2015

Die Zahl der Hamburg zugewiesenen Flüchtlinge im 1. Halbjahr 2015 liegt bereits annähernd beim Gesamtwert für das Jahr 2014.

Stand der Auswertung: Juli 2015



## Bezirk Hamburg Mitte



### Probleme bei Erfassung von Flüchtlingen, Folge:

- Ohne Erfassung kein Taschengeld.
- Ohne Erfassung keine Eingangs-Gesundheitskontrolle.
- Viel mehr Mitarbeiter benötigt: Derzeit fehlen den Angaben zufolge rund 250 Mitarbeiter bei „fördern und wohnen“.

### Eingangsuntersuchung

Das Erfragen des Impfstatus, eine Blutabnahme gehört zur Eingangsuntersuchung. Fragen nach Allergien, bestehender Schwangerschaft und (chronischen) Krankheiten. **Opfer von Folter und Gewalt haben bestimmte Schutzrechte - die Fragen dazu fehlen!**

Dora Heyenn hatte mehrere Anfragen gestellt und die desolante gesundheitliche Situation der Flüchtlinge öffentlich gemacht. Daraus ergab sich eine öffentliche Diskussion. Der Senat lenkte dann ein, ab sofort erhalten alle Flüchtlinge eine Eingangsuntersuchung und in den Erstaufnahmeeinrichtungen werden Ambulanzen eingerichtet. Dora dazu: „Schon in unserem Wahlprogramm haben wir gesagt: ‚Opposition wirkt!‘“

Anne Urschll hat das Handlungskonzept der AG Gesundheit für eine gesundheitliche Versorgung der Flüchtlinge vorgestellt. Kritik gab es auch an dem Landesvorstand und der Arbeit der Bürgerchaftsfraktion zu diesem Thema. Die AG Ge-

sundheit hat die Initiative übernommen und schlägt vor, dass alle Zusammenschlüsse aus ihren Arbeitsbereichen (Antifa, Frieden, Arbeit/Armut, Bildung etc.) flüchtlingspolitische Sofortforderungen wie die AG Gesundheit erarbeiten und dies zu einem flüchtlingspolitischen Sofortprogramm der Hamburger LINKEN zusammengetragen wird, das der Landesparteitag im November beschließt. Entsprechend diesem Vorschlag, dem sich die Bezirksmitgliederversammlung mit übergroßer Mehrheit angeschlossen hat, hat der Landesvorstand am 29. August einstimmig beschlossen, dieses Konzept in Zusammenarbeit von Zusammenschlüssen und Bürgerchaftsfraktion zu erarbeiten und auf einer Tagung im Oktober (partei)öffentlich zu beraten.

Ronald Kelm, Krankenpfleger, AG Gesundheitspolitik, Mitglied in der Stadtteilgruppe St. Georg

Zum Konzeptentwurf der AG Gesundheit siehe folgende Seiten >>>

AG Gesundheitspolitik im LV Hamburg, 29.08.15:

## **Betreuungs- und Versorgungskonzept von Flüchtlingen in Hamburg: HANDLUNGSKONZEPT**

Nach der WHO-Definition hat Gesundheit nicht nur eine biomedizinische sondern auch eine soziale Dimension. Darauf weist auch das MediBüro Hamburg hin. Hier ist zu lesen, dass der Zugang zu einer medizinischen Versorgung allein nicht ausreicht, um Gesundheit und Wohlbefinden zu gewährleisten. Krank machen gesellschaftliche Einflussfaktoren, wie

- geringes Einkommen, geringe Bildung, schlechte Wohnverhältnisse und das Ausgesetztsein von Rassismus. Die gesundheitlichen Ungleichheiten haben ihre Ursache in der Gesellschaft. Deshalb müssen die gesellschaftliche, politische und soziale Teilhabe, sowie die Produktions- und Verhältnisse neu organisiert werden.

Durch kriegerische Auseinandersetzung, insbesondere in Syrien und Afghanistan, aber auch durch zunehmende Verarmung und soziale Ungleichheit, steigt die Anzahl der Flüchtlinge, die in der Europäischen Union Schutz und eine Perspektive suchen. Während die Militärausgaben in der EU und in Deutschland steigen, wurde die deutsche Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent des BIP auf 0,4 Prozent abgesenkt. Neue Zäune und neue Grenzen, das Hochziehen von Mauern können nicht die Lösung einer europäischen bzw. deutschen Flüchtlingspolitik sein. Die Lösung der Flüchtlingsprobleme muss in den Herkunftsländern ansetzen, um ein weiteres Auseinanderdriften in arm und reich zu verhindern.

Mit dem großen Zustrom von Flüchtlingen wird das Gesundheitssystem in Hamburg vor enorme Herausforderungen gestellt. So sind Stadtteile über- oder unterversorgt. Diese Entwicklung ist Ausdruck der tiefen sozialen Spaltung der Stadt. Vor allem fehlt es in Hamburg an Kinderärzten. Die hier ankommenden Flüchtlinge sind nicht ausreichend ernährt und medizinisch unterversorgt. Zudem kommen sie aus Ländern mit einem unzureichenden System der gesundheitlichen Versorgung. Deshalb ist bei AsylbewerberInnen eine umfassende Versorgung mit primärmedizinischen Maßnahmen ohne bürokratische Hürden sicherzustellen. Der Deutsche Ärztetag hat 2014 den Bundesgesetzgeber aufgefordert, AsylbewerberInnen die gleiche Gesundheitsversorgung zukommen zu lassen wie gesetzlich Krankenversicherten (GKV-Versicherten). Inzwischen fordern Opposition und SPD das „Bremer Modell“ einer Gesundheitskarte bundes-

weit einzuführen. Hamburg praktiziert es mit Bremen.

Im Jahr 2013 sind 35 Prozent aller Asylbeanträge von Kindern und Jugendlichen in Deutschland gestellt worden. Weil im frühen Kindesalter noch Maßnahmen zur Prävention oder zur Früherkennung und Behandlung von schwerwiegenden Erkrankungen möglich sind, fordern Kinder- und Jugendärzte für junge Flüchtlinge einen schnellen Zugang zu Vorsorge- und Behandlungsangeboten. Die über 100.000 Kinder und Jugendliche, die 2013 nach Deutschland eingewandert sind, wiesen oft massive körperliche Beschwerden auf und waren psychisch traumatisiert.

Einer Studie zufolge gaben 85 Prozent der TeilnehmerInnen an, dass oft oder häufig sprachliche Verständigungsschwierigkeiten oder kulturell unterschiedlich geprägte Krankheits- und Behandlungskonzepte zwischen Ärzten und den Eltern der Kinder bestehen. (ÄZ 18.08.15)

In der Schweiz wurde das Modell des Nationalen Telefondolmetscherdienstes erfolgreich etabliert. Dieser Dienst macht Übersetzungsleistungen in Notfällen kurzfristig in großer Sprachenvielfalt möglich. In Hamburg hat das UKE zahlreiche Dolmetscher für die Behandlung von Flüchtlingen zur Verfügung.

Auf Grund der hohen Anzahl der Flüchtlinge ist das Aufnahmeverfahren ins Stocken geraten. Die zuständigen Hamburger Behörden und die Kassenärztliche Vereinigung Hamburg sind deshalb übereingekommen, Flüchtlinge, die noch keine Papiere erhalten haben, auf akute und ansteckende Krankheiten zu untersuchen. Die BASFI übernimmt in diesen Fällen, wie auch bei einer Behandlung mit Gesundheitskarte, die Kosten der Behandlung.

Die AG Gesundheitspolitik sieht folgend Aufgaben als notwendig an:

- Die Erstuntersuchung muss umfassend sein, sie darf sich nicht nur im Wesentlichen auf akute und ansteckende Erkrankungen beziehen, auch chronische Erkrankungen sind in die Erstuntersuchung einzubeziehen.
- Zur Bewältigung der Erstuntersuchungen sind alle medizinischen Ressourcen in Hamburg zu nutzen, einschließlich der Hilfsorganisationen ASB, DRK, Johanniter, Malteser. Die Nutzung aller in Hamburg vorhandenen Ressourcen trägt zur Verkürzung von Wartezeiten der Flüchtlinge für die notwendigen Erstaufnahme-

untersuchungen bei und zur Minimierung gesundheitlicher Risiken für die Flüchtlinge in den Massenunterkünften.

- Der Öffentliche Gesundheitsdienst ist finanziell und personell entsprechend seiner ständig steigenden Aufgaben in den Bezirken ausreichend auszustatten. Die Erfahrungen der MitarbeiterInnen des ÖGD u. a. sind von unschätzbarem Wert bei der Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen in den Massenunterkünften. Die Bildung von gemischten Hygieneaktivs in den Flüchtlingsunterkünften kann Hygienestandards und Maßnahmen sinnvoll unterstützen.
- Mit der Einrichtung von 170 neuen Schulklassen ist der ÖGD bei den flächendeckenden Schuleingangsuntersuchungen wie auch bei den Schuluntersuchungen in den höheren Klassen besonders gefordert und muss von den zuständigen Behörden jegliche Unterstützung erhalten.

Unsere Bezirksabgeordneten sollten diese Prozesse und Aufgaben des ÖGD politisch begleiten. Eine gegenseitige Information von Bezirks- und Bürgerschaftsabgeordneten ist unerlässlich.

- Der Einsatz von qualifizierten Dolmetschern am UKE sollte über die Grenzen der Einrichtung und von Hamburg hinaus ausgedehnt werden. Die Überwindung von Sprachbarrieren ermöglicht eine gezielte Diagnose und Therapie und schafft gegenseitiges Vertrauen. Zudem ist es ein Beitrag für einen kultursensiblen Umgang mit Flüchtlingen.
- Die am UKE bestehende Traumaambulanz, einst von Steffi Graf gegründet, ist angesichts der hohen Zahl - auch minderjähriger Flüchtlinge - finanziell stärker zu unterstützen, um den Therapiebedarf für alle Menschen dieser Stadt sicherzustellen und Chronifizierung zu verhindern.

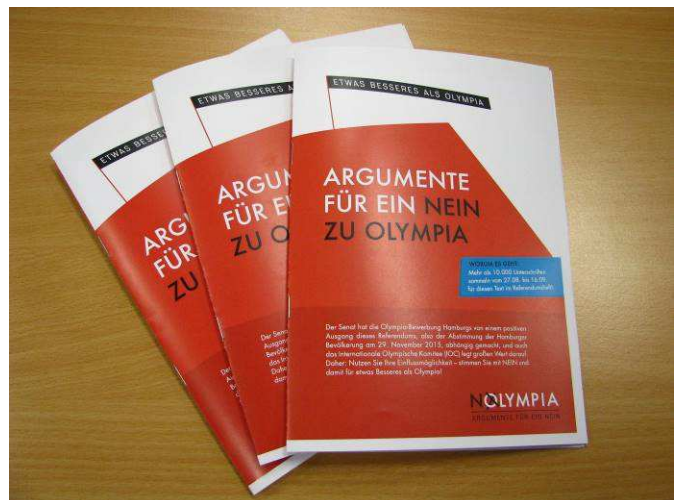
## „Für etwas Besseres als Olympia“

**Bis zum 16.09.: 10.000 Unterschriften sammeln für „Argumente für ein NEIN zu Olympia“!**

Am 29.11.15 findet das Referendum über die Bewerbung Hamburgs für die olympischen Spiele 2024 statt. Die LINKE Hamburg hat sich auf dem letzten Parteitag klar gegen Olympia und für etwas Besseres positioniert (*siehe MitteNmanng vom Juli - red*). Für das Olympia-Referendum wird einen Monat zuvor allen 1,3 Millionen wahlberechtigten Hamburger\_innen ein Informationsheft zugeschickt, in dem mindestens der Senat und die Bürgerschaftsfraktionen ihre Positionen darlegen werden. Der Senat hat acht Seiten zur Verfügung, die Fraktionen teilen sich weitere acht Seiten für ihre Stellungnahmen. Da alle Fraktionen bis auf die LINKE die Olympia-Bewerbung befürworten, würde sich die Kritik auf ein bis zwei Seiten beschränken.

Im Gesetz zum Olympia-Referendum sind jedoch zwei Möglichkeiten vorgesehen, um diesem Heft eine achtseitige Stellungnahme zur Begründung eines NEIN-Votums beizufügen. Entweder eine 2/3 Mehrheit in der Bürgerschaft stimmt für die Aufnahme der Gegenstellungnahme oder es werden innerhalb von drei Wochen bis zum 16.09.2015 10.000 Unterschriften dafür gesammelt. Um souverän und ohne Gekungel mit den Bürgerschaftsfraktionen zu agieren, wollen wir nun (vom 27.8.-16.9.) mindestens 10.000 Unterschriften von wahlberechtigten Hamburger\_innen für die Gegen-Stellungnahme „Argumente für ein NEIN zu Olympia“ sammeln. Das ist aktuell der einzig sichere Weg, um eine olympia-kritische Stellungnahme in die Informationsbroschüre zu bekommen. Um bereits

jetzt – drei Monate vor der Abstimmung – verstärkt Argumente gegen die ProOlympia-Marketingkampagne zu setzen und die Gelegenheit zu nutzen, allen Wahlberechtigten Argumente gegen Olympia zukommen zu lassen, haben Aktivist\_innen aus dem Netzwerk NOlympia Hamburg im Laufe des August eine Stellungnahme erarbeitet. Darin wird die bislang vorgebrachte Kritik an den olympischen Spielen, dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) und den schädlichen Auswirkungen von Olympia in all ihren Facetten auf acht Seiten gebündelt: „Argumente für ein NEIN zu Olympia“.



Die Kritik wird dabei jeweils verbunden mit spezifischen Forderungen nach der Devise „Etwas Besseres als Olympia“:

- für direkte Investitionen für eine Stärkung des

sozialen Wohnungsbaus statt eines verschärften Ausverkaufs der Stadt an private Investoren,  
- für den sozial-ökologischen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs statt die Errichtung von nur kurze Zeit benötigter Infrastruktur,  
- für die Sanierung und Neugründung von Bildungs-, Kultur- und Sporteinrichtungen statt olympischen Kommerzspielen,  
- für eine nachhaltige Förderung des inklusiven Breitensports statt menschenverschleißendem Höchstleistungssport,  
- für Frieden und internationale Verständigung statt Militarisierung und Überwachungswahn.

In Boston hat eine Kampagne mit einem ähnlichen Tenor wie in Hamburg erreicht, dass die Bewerbung im Juli zurückgezogen wurde. Sie hat mit Forderungen wie „Better Housing – No Olympic Games“ und „Better Transit – No Olympic Games“ ebenfalls die drängenden sozialen Probleme dem olympischen Groß- und Kommerzevent gegenübergestellt.

Die Unterschriftensammlung für die Stellungnahme „Argumente für ein NEIN zu Olympia“ wurde am 27. August bei der Senatskanzlei eingereicht. Es

spricht viel dafür, dass diese offensive Argumentation, die bereits der Resolution der ersten NOlympischen Plattform in Hamburg im April zugrunde liegt und auf die sich der Landesparteitag positiv bezogen hat, auch hier wirksam zur Verhinderung von Olympia und für einen Politikwechsel sein wird.

Wir rufen alle Genossinnen und Genossen daher dazu auf, sich an der Kampagne zu beteiligen dazu beizutragen, dass bis zum 16. September mindestens 10.000 gültige Unterschriften zusammenkommen.

Jede\_r Olympiagegner\_in, kann die Stellungnahme mit seiner Unterschrift unterstützen, um allen wahlberechtigten Hamburger\_innen die Kritik und Alternativen zu Olympia zugänglich zu machen.

Unterschriftenlisten und Stellungnahmen-Broschüren können im AStA der Uni Hamburg abgeholt und abgegeben werden. Weitere Informationen zur Sammlung und Kontaktmöglichkeiten sind auf der Homepage [www.neinzuolympia.de](http://www.neinzuolympia.de) zu finden.

Für etwas Besseres als Olympia!

Artur Brückmann, Franziska Hildebrandt, Florian Muhl

## Die Initiative

### „Hamburger Breitensportler\*innen gegen Olympia 2024“

von Harald Singler



Die Initiative „Hamburger Breitensportler\*innen gegen Olympia 2024“ wurde im Sommer 2015 von einer Gruppe von Läufer\*innen aus der Marathonabteilung des FC St. Pauli und anderen Sportvereinen der Stadt gegründet. Sie versteht sich als

offene Plattform für alle Sportler\*innen, die sich kritisch mit dem Thema Olympiabewerbung und Olympia 2024 in Hamburg auseinandersetzen.

Wir sind alle sportbegeistert – die Olympiabewerbung und die Spiele in Hamburg sehen wir trotzdem kritisch. Wer glaubt, der Breitensport in Hamburg profitiere von Olympia, der ist naiv. Die Luftverschmutzung wird eher schlimmer, die Bewegungsfreiheit und auch die Routen etwa für Läufer\*innen oder Radsportler\*innen durch den Riesenapparat Olympia werden eingeschränkt, die Sportstätten in den Vierteln rotten weiter vor sich hin, während auf dem Grasbrook glänzende IOC-Arenen mit Steuergeldern für leider oft gedopte Spitzensportler\*innen aus dem Boden gestampft werden. Gerade in Stadtteilen wie St. Pauli oder Osdorf gibt es aber einen akuten Mangel an freien Zeiten in den wenigen vorhandenen Sporthallen. Das hat zum Beispiel zur Folge, dass in vielen Abteilungen beim Amateursport des FC St. Pauli keine neuen Mitglieder mehr aufgenommen werden. Noch drastischer ist die Situation für fußballbegeisterte Jugendliche: Ab dem zwölften Lebensjahr ist Fußball beim FC St. Pauli kein Breitensport mehr, es bleibt nur das Jugendleistungszentrum.



Was die Stadt und ihre Menschen also brauchen, sind funktionierende, moderne Sportstätten in ihrer Nähe – und zwar jetzt, und nicht erst 2024, nach ihren Bedürfnissen und nicht nach Vorgaben des IOC.

An die Adresse der olympiabesoffenen Funktionäre im Hamburger Leichtathletik-Verband und im DOSB sagen wir: „Nicht alle Sportler\*innen in Hamburg sind für Olympia“. Und: „Wir lassen uns nicht vereinnahmen und mit albernen Versprechungen ruhig stellen“.

Wir glauben, dass wir uns auch als Breitensportler\*innen politisch zu sportlichen Großveranstaltungen wie Olympia positionieren müssen, wenn sie „Menschenrechte“, „Umweltschutz“ und „Arbeitsbedingungen“ zu nachprüfbareren Kriterien dafür machen, die Austragungsorte auszuwählen. Die Art, wie sich Sportfunktionäre um Skrupel herumdrücken, ist schon lange zum ethischen Offenbarungseid geworden.

Ein emanzipierter Sport darf sich dagegen wehren, politisch und ideologisch vereinnahmt zu werden. Er muss aber auch seine Staats- und Politikferne unter Beweis stellen, indem er eine Haltung entwickelt, den Sport und seine Ethik in den Mittelpunkt

zu stellen, nicht aber das globale Business oder nationalen Größenwahn.

„Unpolitische“ Wettkämpfe dürfen nicht länger als eine interessengeleitete Show daherkommen. Nur in diesem Bewusstsein passen Sport und Politik zusammen.

Als engagierte Breitensportler\*innen wollen wir mit dem 1. Olympiakritischen Hamburger Staffellauf am 4. Oktober 2015 im Stadtpark ein sportliches Zeichen gegen diese Olympiapropaganda setzen. Wir glauben nicht, dass Hamburg und der Breiten-sport in der Stadt durch Olympia gewinnen wird, sondern die Sportstätten der Stadt abseits der glanzvollen IOC-Arenen und Olympia- bzw. Leistungszentren bis 2024 weiterhin ein Schattendasein fristen werden.

Mit ihrer Teilnahme am 1. Olympiakritischen Hamburger Staffellauf am 4. Oktober 2015, Start ist um 10 Uhr im Stadtpark (Jahnkampfbahn), können sich alle sportbegeisterten Olympiagegner\*innen in der Stadt gegen die Vereinnahmung durch Politiker und Sportfunktionäre wehren, die behaupten, „alle Sportler Hamburgs“ würden die Bewerbung unterstützen. DIE LINKE ist herzlich eingeladen. Ausführliche Informationen zur Teilnahme gibt es hier:

<http://www.hamburgstaffel.de>

---

Pressemitteilung Heike Sudmann/Mauren Schwalke

## Senat legt Grundstein für Verdrängung am Billebogen

Der Senat will der neu zu gründenden Billebogen Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG rund 19 Hektar städtische Grundstücke zum Verkehrswert übertragen. Die Grundstücke sollen aufgewertet und dann zu wesentlich höheren Preisen an InvestorInnen verkauft werden. „Schlimm genug, dass eine klassische Aufgabe der öffentlichen Hand, nämlich die Stadtplanung und -entwicklung, ausgelagert wird an eine privatrechtlich organisierte GmbH“, kritisiert Heike Sudmann, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Weshalb aber zwei Millionen Euro Anschubfinanzierung notwendig sind, wo doch die HafenCity GmbH mit ihren MitarbeiterInnen die Billebogen GmbH bestückt, bleibt ein Geheimnis. Noch schlimmer ist aber, dass 19 Hektar städtische Grundstücke aufgehübscht und teuer verscherbelt werden sollen. Mit so einer Politik wird der Grundstock für Verdrängung sowohl von kleinen Gewerbetreibenden als auch von Wohnen gelegt. Das hat Rothenburgsort nicht verdient.“

„Eine echte Beteiligung der BewohnerInnen von Rothenburgsort hat nicht stattgefunden“, kritisiert

Mauren Schwalke, Bezirksabgeordnete der Fraktion DIE LINKE in Hamburg-Mitte. „Wohnen soll nach den Plänen des Senats im Billebogen überhaupt nicht gestärkt werden, soziale Aspekte spielen keine Rolle.“

Diese **Ergänzung** von Mauren fand leider keine Aufnahme in die PM:

„Ein lebenswerter Stadtteil braucht mit den dort lebenden AnwohnerInnen geplante Räume, er muss für verschiedene Generationen erlebbar sein, um gegebenenfalls damit zu einer Heimat zu werden.“

Die große Wohnungsnot in Hamburg erfordert derzeit sozial geförderte und gebundene Wohnungsbaunotprogramme, um die nach Wohnungen suchenden Menschen unterzubringen!

Davon sieht man bei der Planung von zum großen Teil für Investoren interessantem teuren Wohnraum bislang nichts.“

*Und die Frage darf gestellt werden, wie sehr das sogenannte „Bündnis für die Quartiere“ und damit der Stadteilrat Rothenburgsort Einfluss auf das segensreiche Wirken von Herrn Bruns-Berentalg und seinen HelfershelferInnen nehmen darf! (red)*

## Kollektives Zentrum im Münzviertel: „Die Herren machen das selber, daz ihnen der arme Mann feindt wird“

(Flugblatt um 1500)

Am Morgen des 2. September wurden hunderttausende von Euro aus dem Steuersäckel der Stadt Hamburg verpulvert, um mit Hubschraubereinsatz und Hunderten von Polizisten den Teilabriss der ehemaligen Gehörlosenschule im Münzviertel zu „schützen“. Ganz nebenbei wurde der einzige Spielplatz im Viertel platt gemacht und die Herren vom Grundstücksmanagement der Stadt (LIG) und der HBK (des „Investors“, der dort geförderte Wohnungen und extrem teure „Studentenappartments errichten will), klopfen sich gegenseitig auf die Schulter.

„Geschützt“ wurde der Abriss vor den AktivistInnen des „Kollektiven Zentrums“ in der ehemaligen KiTa auf dem Gelände, die die Stadt vergeblich immer wieder zu Gesprächen über die Perspektive ihrer Aktivität aufgefordert hatten. In der Presse am Folgetag war zwischen den Zeilen zu lesen, dass die Journaille es bedauert, keine gewaltsamen Auseinandersetzungen bei der Demo am Abend herbeigeschrieben zu haben.



Demo am 2.9. vor dem Bezirksamt, Foto maui

Und begründet wurde der Abriss mit der geplanten Fortführung des Winternotprogramms für Obdachlose, 400 Menschen sollen nach dem Abriss vor allem in Containern auf dem Gelände untergebracht werden. Man erinnere sich: Die 160 Menschen, die in den vergangenen Wintern in der Spaldingstraße 1 nächtigten, waren schon nicht ganz unproblematisch für das Viertel, vor allem, weil es die Sozialbehörde verabsäumt hatte, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Mehr dazu in den Pressemitteilungen vom 14.8. und 3.9. im Netz:  
<http://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de/nc/politik/aktuelles/>  
<http://www.linksfraktion-hamburg.de/nc/presse/pressemitteilungen/>

Und jetzt 400? In Containern? Warum nicht in den jetzt abgerissenen Gebäuden?

Wie sollen die KollegInnen im „Herz As“ (liegt gegenüber) den Andrang bewältigen, wo doch schon in den vergangenen Jahren mit „nur“ 160 Untergebrachten die Grenzen ihrer räumlichen und personellen Kapazität überschritten wurden?



Der Eingang zum KoZe im Juli, Foto: maui

Mir scheint es Finanz- und Innenbehörde in Wahrheit darum zu gehen, dem Investor zu Willen zu sein, autonome Lebensentwürfe zu kriminalisieren und das Viertel letztlich den Investoren „besenrein zu übergeben“, d.h. gesäubert von Menschen, die anders als in der Konsumwelt selbstbestimmt leben wollen.



Demo am 14.08., Foto. maui

Dagegen müssen wir uns weiter ganz entschieden wenden. **KoZe bleibt!**  
besel

## Was war ...

### Kinderfest der BO-Wilhelmsburg/Veddel im Freizeithaus Kirchdorf-Süd.



Nachdem wir in den letzten fünf Jahren unser Kinderfest mit unerwartet großem Erfolg durchgeführt hatten, war sehr schnell klar, dass wir das Kinderfest auch in diesem Jahr wieder im Freizeithaus Kirchdorf-Süd veranstalten werden.

Nach einem etwas schleppenden Beginn am Morgen, war am Nachmittag das Kinderfest wieder gut besucht. Viele Kleinkinder wurden von ihren Eltern bzw. Großeltern begleitet.

Während die Erwachsenen sich angeregt unterhielten, genossen die Kinder unsere Spielangebote. Wir hatten bei den FALKEN-FLITZERN diverse Beschäftigungs-Möglichkeiten bestellt. So war eine

### Midnight in Paris, Sommernacht in Hamm

Rückblick auf das Rote Sommerkino 2015

Eigentlich reden wir ja nicht über das Wetter – aber beim „umsonst und draußen“ veranstalteten Sommerkino spielt es doch jedes Jahr wieder eine bedeutende Rolle. Nachdem es am Wochenanfang noch wie aus Kübeln geschüttet hatte, strahlte am Freitag, 21. August, die Sonne vom fast wolkenlosen Himmel. Das war die beste Voraussetzung für einen ausnehmend schönen Filmabend im Hammer Park. Von der Zahl der gut 250 GenossInnen und BesucherInnen aus der Umgebung war es das wohl erfolgreichste Sommerkino bislang überhaupt, seit es 2009 erstmals aufgeführt wurde, damals noch getragen vom Landesverband Hamburg der LINKEN, in den nachfolgenden Jahren von Jan van Aken als Mitglied des Bundestages.

Jan, dessen parlamentarische Sommerpause auch in diesem Jahr vorzeitig beendet war, diesmal wegen der Abstimmung über das Griechenland-„Hilfspaket“, wies in seiner Begrüßung auf den am 12. September bevorstehenden Naziaufmarsch in Hamburg hin – gerade im derzeitigen Klima ein Anlass, den Rechten nicht die Straße zu überlassen.

gut 8 Meter lange Rollenrutschbahn mit zwei eingebauten Kurven stundenlang belagert. Ein großes Hüpfkissen -drei mal drei Meter und 60 cm hoch war eine weitere sehr gut angenommene Attraktion. Außerdem ließen sich viele Kinder von einer Kollegin der FalkenFlitzer das Gesicht bemalen und wurden so zu einem schönen Schmetterling oder auch zu Spiderman, zu einer Blume oder einer Raubkatze, ganz wie es die kleine Kundschaft wollte.

Auch all die anderen Spielmöglichkeiten fanden viel Beachtung.

Natürlich bekamen alle Gäste gegrilltes, Salate und Brot und Getränke (sowohl Säfte und Selters als auch Kaffee und Tee) umsonst und es waren auch wieder Süßigkeiten im Überfluss für die kleinen und großen Gäste da.

Dass unser Kinderfest in diesem Jahr überhaupt stattfinden konnte verdanken wir der finanziellen Unterstützung unseres Bezirksverbandes, sowie der Bezirksfraktion und privater Spenden von Christiane und Dora.

Ronald

Im Vorfilm half das Kabarettduo „Onkel Fisch“ (Adrian Engels & Markus Riedinger), zu verstehen, worauf sich die HamburgerInnen freuen können, wenn in der Stadt die Olympischen Spiele ausgerichtet werden. Für die weniger Olympiabegeisterten gab es Unterschriftenlisten und Hintergrundinformationen am Infostand, und auch die NOlympia-T-Shirts der LAG Sport fanden guten Absatz.

Danach war es schließlich dunkel genug für die Vorführung von Woody Allens Komödie „Midnight in Paris“. Die nächtlichen Zeitsprünge der Hauptfigur aus der Gegenwart entführen die ZuschauerInnen in das künstlerische Milieu der 1920er Jahre und in die Belle Epoque. Das Spiel mit Pariser Klischeebildern im Mondschein einer Hamburger Sommernacht wirkte ungemein stimmungsvoll. Gerade auch deshalb freuen wir uns, dass viele GenossInnen bei dieser Gelegenheit einen der seltenen entspannteren Abende in Parteikreisen verbringen konnten.



Zum anderen ist Hamm zwar nicht mehr die kulturelle Diaspora, als die es viele immer noch wahrnehmen, und die Struktur der Bevölkerung ändert sich – leider auch aufwertungsbedingt – erheblich. Aber es gibt immer noch viele Menschen im Stadtteil, die über ein kostenfreies Kinoangebot in ihrer unmittelbaren Umgebung erfreut sind, und nicht zuletzt das jüngere Publikum nimmt das Angebot gerne wahr. Solche positiven Rückmeldungen erhielten wir auch diesmal wieder bei der Werbung im Vorfeld. Das macht Mut und motiviert, denn natürlich sind die Investitionen für diese Veranstaltung nicht gering und Organisation und Arbeit kein Selbstlauf für die BO. Aber auch in diesem Jahr klappten die Absprachen mit Berit vom Wahlkreisbüro Jan van Akens reibungslos, und noch am

Abend selbst fanden sich neben dem harten Kern der HelferInnen weitere GenossInnen, die beim Auf- und Abbau sowie am Stand für Getränke und Essen tatkräftig anpackten. Am Grill brillierten erneut Tim und Elena, die diesmal buchstäblich sämtliche Würstchen "verbraten" konnten.

Abspann: Die Stadtteilgruppe Hamm, Horn, Borgfelde dankt herzlich allen HelferInnen, UnterstützerInnen und Gästen! Da auch der kurze nostalgische Zeitsprung die Gegenwart nicht vergessen lässt, möchten wir einen Teil der diesmal besonders guten Spendeneinnahmen einem Flüchtlingsprojekt zukommen lassen.

Marion Fisch/BO Hahobo

### **LeserInnenbrief**

Hamburg, den 12.8.2015

*Liebe Redaktion des „MitteNmag“, zuallererst möchten wir Euch ein herzliches Dankeschön für die schon viele Jahre verlässlich klappende, regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklungen und Aktivitäten des Bezirksverbandes und der Bezirksfraktion in Hamburg-Mitte aussprechen.*

*Mit besonderer Freude, manchmal auch wachsender Verzweiflung lesen wir immer wieder gerne die Kommentare des Bezirksvorstandsmitglieds Ale-*

*xander Benthin, dem es erkennbar Vergnügen bereitet, all die globalen, hamburgischen und bezirklichen Probleme mit wahrlich mächtigen Worten meistens auf den einen Punkt zu bringen und dies – selbstredend – mit der allmonatlichen Kritik am Geschäftsführenden Landesvorstand und der Bürgerschaftsfraktion zu verbinden. Das hilft wirklich weiter.*

*So auch sein „Bericht von der lebhaften Mitgliederversammlung“ der Bezirksorganisation Mitte am*

22. Juli in der August-Ausgabe des „MitteN-mang“. Wir lesen da neben mancher erbaulichen Einschätzung u.a. dieses: „So wurde (...) exemplarisch das Vorhaben der Fraktion gerügt, in ihrer neuen Geschäftsstelle einen ‚Socializing-Room‘ (Politik soll hier nicht Thema sein dürfen) anstelle eines weiteren Tagungsraums einzurichten. Einige TeilnehmerInnen der BMV wendeten dagegen ein, dass die Ansprüche auf Pause und Erholung elementare ArbeitnehmerInnenrechte sind und gerade auch in unserer Partei gelten müssen. Dass jedoch durchaus zwischen sozialistischer Politik und entfremdeter Lohnarbeit sowie kollektiver Handlungsfähigkeit und der Unterminierung dessen zu unterscheiden ist, lässt sich nicht von der Hand weisen...“

Holla, da hat der Alexander ja gleich seine ganze, geballte Faust in die schwärende Wunde der Bürgerschaftsfraktion gelegt, die statt eines zusätzlichen Tagungsraumes (für die Beratung all der Kämpfe) einen Sozialraum mit Küchenzeile, zwei, drei Tischen und Sitzgelegenheiten (also nur zum Klönen, Kaffeekochen und Pausemachen) für die neuen Räume in der Lilienstraße einplant. Und dann heißt es auch noch, „Politik soll hier nicht Thema sein dürfen“. Mannomann! Reformismus, Revisionismus, ick hör dir trapsen!

Das ist eben die aufklärerische Seite, die wir an Alexander Benthins Ausführungen im „MitteN-mang“ oft so ungemein schätzen: die Konzentration auf das wirklich Wesentliche. Da sind Hinweise

auf den zukünftigen, in zwei Hälften teilbaren Versammlungsraum in der Lilienstraße ebenso überflüssig wie der Vermerk, dass es auch in der Buceariusstraße eine Kaffeeküche gab, allerdings mit der fehlenden Möglichkeit, das Getränk oder die Mahlzeit einnehmen zu können, ohne auf die PC-Tastatur zu tröpfeln oder zu bröseln, von einem Gespräch außerhalb der Schreibtisch-Atmosphäre einmal ganz abgesehen. Dass dies geändert werden müsse, das hat die Betriebsversammlung der einfachen Beschäftigten eingefordert, ein Sozialraum gehöre zum Standard von Einrichtungen und Betrieben, dafür hätten schließlich die Gewerkschaften Generationen gekämpft. Aus dieser Richtung kann man aber auch nichts anderes erwarten...

Auch wenn wir nicht ganz sicher sind, wer oder was da eigentlich von wem und warum unterminiert wird, nehmen wir uns Alexander Benthins mahnende Worte zu Herzen und erklären mit unserem Pionierehrenwort feierlich, alles in unserer Kraft Stehende zu tun, die sozialistische Politik voranbringen zu wollen, der entfremdeten Lohnarbeit jetzt und für alle Zeiten den Kampf anzusagen, die kollektive Handlungsfähigkeit zu stärken und sämtlichen Mineuren das Handwerk zu legen. Und nicht nur beim Kaffee!

Sabine Boeddinghaus, Fraktionsvorsitzende, Fraktions-AG Socializing  
Michael Joho, Betriebsratsvorsitzender, Fraktions-AG Socializing

## Großdemonstration am 10. Oktober in Berlin: TTIP und CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!



Mit so viel Widerstand hatten Bundeskanzlerin Merkel, Wirtschaftsminister Gabriel und EU-Kommissionspräsident Juncker ganz sicher nicht gerechnet: Schon mehr als 2,5 Millionen Menschen aus ganz Europa haben inzwischen für die Europäische Bürgerinitiative gegen die Freihandelsabkommen TTIP und

CETA unterschrieben.

Jetzt wollen wir den nächsten Schritt gehen: **Gemeinsam mit zehntausenden Menschen aus dem ganzen Land wollen wir am Samstag, dem 10. Oktober, in Berlin unter dem Motto „TTIP und CETA stoppen! Für einen gerechten Welt-**

**handel!“ auf die Straße gehen.** Mit einem großen LINKE-Block wollen wir unseren Beitrag zu einer echten Großdemonstration leisten, wie sie Berlin schon lange nicht mehr gesehen hat.

Mit diesen Verträgen werden die Standards, die unsere Gesundheit, das Arbeitsleben und die Umwelt schützen, gesenkt oder ganz abgeschafft. Sie stärken die Profitinteressen der Konzerne durch Sonderrechte. Es betrifft uns alle, aber, noch ist nicht unterschrieben! Komm doch mit am 10. Oktober zur Demonstration. Tragt Euch den 10. Oktober also am besten schon jetzt ganz fett in Eure Terminkalender ein! Die Demonstration startet um 12 Uhr am Washingtonplatz (Hauptbahnhof) und führt zur Straße des 17. Juni. Auch als **Hamburger LINKE wollen wir gemeinsam am 10. Oktober nach Berlin fahren.** In den nächsten Tagen informieren wir euch hier über einen Bus der LINKEN für eine gemeinsame Anreise.

Weitere aktuelle Informationen: [www.ttip-stoppen.de](http://www.ttip-stoppen.de) | [www.ttip-demo.de](http://www.ttip-demo.de).

## Termine in (und für) Mitte

### **Montag, 07.09., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

### **Dienstag, 08.09. 19:30 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**  
in den Räumen des  
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

### **Dienstag, 08.09., 20:00 Uhr**

Treffen der **Finkenlinken**,  
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

### **Donnerstag, 10.09., 18:30 Uhr**

Treffen der **BO Billstedt**  
**AWO Merkenstraße** (Möllner Landstraße 142)

### **Samstag, 12.09., ab 10 Uhr**

**Aktivitäten gegen den Naziaufmarsch!**  
vorläufig: Hauptbahnhof

### **Mittwoch, 16.09., 19:00 Uhr**

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**  
Büro Borgfelder Straße 83

### **Mittwoch, 16.09., 19:00 Uhr (früher!)**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**  
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

### **Donnerstag, 17.09., 17:30 Uhr**

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**  
Sitzungssaal, Klosterwall 4

### **Sonntag, 20.9. 15.00 Uhr,**

**Fahrradrundfahrt Kleiner Grasbrook:**, Besichtigung  
des „Olympia-Geländes“ mit Heike Sudmann.  
Treff: Alter Elbtunnel, Ausgang Steinwerder

### **Montag, 21.09., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

## **Oktober**

### **Montag, 05.10., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

### **Donnerstag, 08.10., 18:30 Uhr**

Treffen der **BO Billstedt**  
**AWO Merkenstraße** (Möllner Landstraße 142)

### **Samstag, 10.10., ganztägig**

**Großdemonstration gegen TTIP**  
Berlin, siehe auch S.

### **Dienstag, 13.10. 19:30 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**  
in den Räumen des  
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

### **Dienstag, 13.10, 20:00 Uhr**

Treffen der **Finkenlinken**,  
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

### **Mittwoch, 21.10., 19:00 Uhr**

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**  
Büro Borgfelder Straße 83

### **Mittwoch, 21.10., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**  
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

*Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der  
Partei: [www.die-linke-hamburg.de](http://www.die-linke-hamburg.de)*

---

## **Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte**

### **Bezirksvorstand:**

### **Telefon**

### **Mail**

	Telefon	Mail
<b>Alexander Benthin</b>		alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
<b>Jörg Günther</b>		joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
<b>Jan-Peter Klöckner</b>		jan-peter.kloekner@die-linke-hamburg-mitte.de
<b>Holger Knorr</b>		holger.knorr@die-linke-hamburg-mitte.de
<b>Heiko Laue</b>		heiko.laue@die-linke-hamburg-mitte.de
<b>Frank Rinnert, Schatzmeister</b>		stakkato1966@gmx.de
<b>Gesamtvorstand</b>		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaefsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

### **Spendenkonto**

DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX